



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

ARBEITSLOSIGKEIT IST HÄUFIGSTER GRUND FÜR ÜBERSCHULDUNG

21.10.2008 Fachinformation

Arbeitslosigkeit ist in Deutschland der häufigste Auslöser für die Überschuldung von Privatpersonen. 2007 wurde sie von knapp 30 Prozent der in Schuldnerberatungsstellen beratenen Personen als Hauptgrund für ihre Überschuldung genannt. Auch Ereignisse wie zum Beispiel Trennung oder Scheidung (14%), Erkrankung, Sucht oder Unfall (10%) führten zu kritischen finanziellen Situationen. Dies geht aus einer aktuell vom Statistischen Bundesamt und der Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung der Verbände (AG SBV) vorgelegten Studie hervor. Nach dieser lebten in 2007 rund 44 Prozent der überschuldeten Personen allein und waren somit nicht direkt in eine Familie eingebunden. Damit waren Single-Haushalte, die einen Anteil von 38 Prozent an allen Haushalten ausmachten, überproportional von Überschuldung betroffen. 212 von insgesamt rund 950 Schuldnerberatungsstellen beteiligten sich an der Überschuldungsstatistik des Statistischen Bundesamtes: Sie stellten anonymisierte Angaben von rund 57.000 überschuldeten Personen mit deren Einverständnis bereit. Bei mehr als der Hälfte der überschuldeten Personen (56%) lag 2007 das monatliche Nettoeinkommen unter 900 Euro und damit unter der Pfändungsfreigrenze, die derzeit 990 Euro beträgt. Bei den alleinstehenden Frauen und Männern mussten sogar fast drei Viertel der überschuldeten Personen mit einem Nettoeinkommen unter 900 Euro auskommen. Nur rund 3 Prozent aller überschuldeten Personen hatten Einkünfte von mehr als 2.000 Euro pro Monat. Zusammen mit den Einkünften der übrigen Haushaltsmitglieder verfügten überschuldete Personen 2007 über ein monatliches Nettoeinkommen von durchschnittlich 1.165 Euro. Über ein Drittel davon mussten sie für das Wohnen aufwenden, so dass für den übrigen Lebensunterhalt nur noch rund 750 Euro zur Verfügung standen. Die Herausgeber der Studie betonten, dass die Überschuldungssituation vieler Familien in Deutschland ein wesentlicher Faktor für ihre Verarmung und soziale Ausgrenzung sei. Das Überschuldungsproblem betreffe nicht ausschließlich soziale Randgruppen, sondern dehne sich auf weite Bevölkerungsschichten aus. Überschuldung bedeute für die Betroffenen eine völlige Destabilisierung ihrer Existenz. Sie seien Stress und psychischem Druck ausgesetzt und häufig gesundheitlich beeinträchtigt. Die kritischen Verhältnisse belasteten Partnerschaften schwer und beeinträchtigten die Entwicklung der Kinder. Eine zunehmende Zahl überschuldeter Menschen habe ohne eine qualifizierte Schuldnerberatung kaum mehr eine Chance, ihre aus Überschuldung resultierenden Probleme zu lösen. Die soziale Schuldnerberatung der Wohlfahrts- und Verbraucherverbände habe die Funktion einer wirtschaftlichen und sozialen Stabilisierung. Zurzeit gibt es in Deutschland etwa 950 Beratungsstellen mit rund 2.000 Beraterinnen und Beratern. Gemessen an der Zahl der überschuldeten Haushalte sei der Bedarf damit bei weitem nicht gedeckt, so die Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung. Wegen der ungenügenden Beratungskapazität sei es derzeit nur 10 bis 15 Prozent der ver- bzw. überschuldeten Menschen möglich, in einer Schuldnerberatungsstelle kostenlose Hilfe zu erhalten. Die derzeitige Finanzierung der Beratungsstellen wird von den Ländern, den Kommunen und der Wohlfahrts- und Verbraucherverbände gewährleistet. Detaillierte Ergebnisse zu den Themen Überschuldung privater Personen und Verbraucherinsolvenzen kann im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de, Bereich Presse > Pressekonferenzen abgerufen werden.

